

## Die öffentliche Meinung

ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Wahrscheinlich liegt den Europa-Politikern nichts daran, in engere Verbindung zu den europäischen Völkern zu treten. Anders kann man sich nicht erklären, daß die Europäische Union (EU) für die meisten ihrer Bürger in immer weitere Ferne rückt. Der Prozeß der europäischen Integration schreitet voran, die Stufen werden festgelegt, Jahreszahlen genannt, die hinausgeschoben und dann wieder bestätigt werden; eine halbjährliche Ratspräsidentschaft folgt der nächsten. All das spielt sich allerdings so gut wie ohne Beteiligung der Bürger ab, von den kurzen Unterbrechungen durch die Wahlen zum Europäischen Parlament einmal abgesehen.

Nach Abschluß der letzten deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994 wurde im Januar 1995 in einer Allensbacher repräsentativen Bevölkerungsumfrage mit 2054 Interviews gefragt: „Die Bundesregierung hatte jetzt sechs Monate lang den Vorsitz, die Präsidentschaft in der Europäischen Union. Wußten Sie das, oder hören Sie das zum ersten Mal?“ 42% antwortet: „Höre ich zum ersten Mal“. In den neuen Bundesländern hörte das jeder zweite im Interview zum ersten Mal<sup>1</sup>. Bei der Ratspräsidentschaft 1988 fiel das Ergebnis nicht anders aus, auch damals hatten zwei Fünftel der Bevölkerung nichts davon erfahren. Auf die Frage, ob die damalige bahnbrechende deutsche Präsidentschaft mit dem Sondergipfel in Brüssel ein Erfolg für Bundeskanzler Kohl gewesen sei, antworteten von denjenigen, die von der deutschen Ratspräsidentschaft 1988 wußten, etwa je ein Drittel: „ein Erfolg“ – „kein Erfolg“ – „kein Urteil“. Nicht anders lauteten die Antworten im Januar 1995: 32%: „war ein Erfolg“ – 34%: „kein Erfolg“ – 34% blieben unentschieden oder sagten: „Ich weiß es nicht“<sup>2</sup>.

Solche Umfrageergebnisse lassen den Schluß zu, daß Europa-Politik kaum einen positiven Einfluß auf die Wahlen im eigenen Land ausübt. Allerdings hat Bundeskanzler Kohl mit seinem Europa-Engagement erreicht, daß sich die CDU/CSU als Europa-Partei fest etablieren konnte. Als vor der Bundestagswahl vom Oktober 1994 im September nach den Kompetenzen der Parteien gefragt wurde, ordneten die Aussage: „Setzt sich sehr für Europa ein“ 52% der CDU/CSU zu und 20% der SPD<sup>3</sup>. Bei der Frage nach den guten Leistungen der Bundesregierung, ebenfalls im September 1994 während des Bundestagswahlkampfes mit 13 Vorgaben zur Auswahl gestellt, rangierte „Die Europa-Union, der Maastrichter Vertrag“ als Leistung der Bundesregierung auf dem vorletzten Platz, von 17% genannt; dahinter kam nur noch auf dem letzten Platz der Bau des Transrapid. Dennoch gab es bei dieser Frage einen Lichtblick für das Europa-Thema. Als

gute Leistung der Bundesregierung erschien auf dem fünften Platz der Rangskala: „Daß die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union mit den skandinavischen Ländern und Österreich erfolgreich waren“. Diese Einschätzung wurde in Westdeutschland von 34% und in Ostdeutschland von 24% abgegeben<sup>4</sup>.

Die Erweiterung der EU um Österreich, Finnland und Schweden wurde von der deutschen Bevölkerung nicht als ein abstraktes europäisches Ereignis wahrgenommen, sondern beinahe als eine Herzenssache. Eine Frage dazu lautete im Frühjahr 1994: „Das Europa-Parlament hat jetzt entschieden, daß Norwegen, Schweden, Finnland und Österreich der Europäischen Union beitreten können. Freut es Sie, daß diese Länder jetzt beitreten können, oder bedauern Sie das, oder ist Ihnen das egal?“ Nur 2% bedauerten diese Erweiterung der EU, 58% freuten sich darüber und 35% sagten, es sei ihnen egal.

*Tabelle 1: Zustimmung zur Erweiterung der EU  
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: „Das Europa-Parlament hat ja jetzt entschieden, daß Norwegen, Schweden, Finnland und Österreich der Europäischen Union beitreten können. Freut es Sie, daß diese Länder jetzt beitreten können, oder bedauern Sie das, oder ist Ihnen das egal?“

	Bundesrepublik insgesamt %	Westliche Bundesländer %	Östliche Bundesländer %
Freue mich	58	59	51
Bedauere es	2	3	1
Ist mir egal	35	33	42
Keine Angabe	5	5	6
	100	100	100
n =	1.032	496	536

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5095 (Mai/Juni 1994).

Auf die Frage, ob die EU durch den Beitritt eher gestärkt oder eher geschwächt werde, antworteten 68%: „eher gestärkt“, 10%: „eher geschwächt“ und 22% blieben unentschieden<sup>5</sup>. Es war nicht einfach nur die Erweiterung der EU durch neue Mitglieder, die nicht erst wirtschaftlich aufholen mußten, die die Deutschen freute. Wie im Beitrag zum Thema „Öffentliche Meinung“ im Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93 beschrieben, zieht sich quer durch Europa eine unsichtbare Kulturgrenze zwischen dem romanischen und germanischen Europa. Daraus erklären sich u. a. auch die großen Unterschiede in den Einstellungen der Völker zur Aufnahme neuer Mitgliedsländer aus dem Norden<sup>6</sup>. So waren stets die Briten, Niederländer, Dänen und Deutschen entschiedener für eine Öffnung

der EG nach Osten als die übrigen Mitgliedsländer. Für Deutschland bringe die Aufnahme von Österreich und den skandinavischen Ländern mehr Vorteile, erklärten im Frühjahr 1994 34%, „mehr Nachteile“ dachten nur 15%, jeder zweite besaß dazu keine Meinung<sup>7</sup>.

Es gibt keinen Bereich in der Nahzone unmittelbarer politischer Betroffenheit der Bevölkerung, in welchem mit so hohem Anteil mit „unentschieden“, „kein Urteil“, „weiß nicht“ geantwortet wird, wie bei Europa-Fragen. Daß zwei Fünftel, die Hälfte oder gar drei Fünftel bei europapolitischen Fragen unentschieden bleiben, ist fast die Regel. Dies hängt mit der eingangs beschriebenen Ahnungslosigkeit über alle Sach- und Personenfragen der EU zusammen. Doch Deutschland ist hier kein Ausnahmefall. Kurz vor der Europa-Wahl im Mai 1994 fragte das britische Gallup-Institut einen repräsentativen Querschnitt von Briten, ob sie den Namen ihres Abgeordneten im EP kennen, wobei 89% dies verneinten<sup>8</sup>. Weiter wurde auch nach dem Namen des amtierenden Präsidenten der Europäischen Kommission gefragt. 70% konnten diese Frage nicht beantworten. Daran anschließend wurde nach dem Sitz des EP gefragt. 36% sagten: „in Brüssel“, 18%: „in Straßburg“, 1%: „Paris“, 6% machten andere Angaben. Zwei Fünftel sagten: „Ich weiß es nicht“.

Informationen über die EU in Großbritannien zu verbreiten, ist besonders schwer, da sich die Mehrheit der Briten nicht als Europäer sieht. Als Briten und zugleich Europäer betrachten sich nach dieser Gallup-Umfrage vom Frühjahr 1994 39%; als Briten, nicht als Europäer hingegen 57%. Auf die Frage, wem sie gefühlsmäßig am nächsten stünden, den Amerikanern, den Bürgern aus dem Commonwealth, wie Australien, Neuseeland oder Kanada, oder Kontinentaleuropäern, antwortete 34%, am nächsten stünden ihnen die Europäer, 23%: die Amerikaner, 26%: die Bürger aus den Ländern des früheren britischen Imperiums; zusammengerechnet sind es 49% der Briten, denen die Kontinentaleuropäer fern stehen<sup>9</sup>.

Auch sind die Briten von einem europäischen Gemeinsinn weit entfernt. Das zeigt eine Dialog-Frage, wie sich ein britischer Europa-Parlamentarier verhalten solle. Zwei Ansichten wurden zur Auswahl gestellt.

1. „Er sollte die Sachen unterstützen, die gut für die Europäische Gemeinschaft sind, auch wenn sie zur Zeit nicht immer den britischen Interessen entsprechen.“
2. „Er sollte immer die Sachen unterstützen, die im Interesse Großbritanniens liegen, unabhängig davon, ob sie für die Europäische Gemeinschaft als Ganzes gut sind.“

Der ersten Ansicht schlossen sich 31%, der zweiten 60% an<sup>10</sup>.

Groß ist das Mißvergnügen der Briten über die Brüsseler Bürokratie. Eine Frage dazu lautete: „Man hört manchmal die Ansicht, daß die Brüsseler Bürokratie zu weit in die Entscheidungsrechte der britischen Regierung eingreift. Stimmen Sie dieser Ansicht zu oder nicht zu?“ Hier blieben nur 20% unentschieden,

während 62% fanden, die Brüsseler Bürokratie zwingt ihre Entscheidungen zu oft der britischen Regierung auf<sup>11</sup>.

Diese Sorge spielt in Deutschland bisher nur eine vergleichsweise geringe Rolle. Bei den fast Monat für Monat erfragten Sorgen der Deutschen lag die Sorge: „Daß wir machen müssen, was die Brüsseler Bürokraten bestimmen“ im April 1995 mit 10% fast auf dem letzten Platz<sup>12</sup>. Dies liegt aber auch an der grotesken Verkennung der Macht der Brüsseler Kommission. In dieser Hinsicht überraschten die Deutschen bereits 1986 bei einer internationalen Umfrage durch ihre Begriffsstutzigkeit. Bei der Frage: „Ist die EG eine Art europäische Regierung, die für die Mitglieder verbindliche Entscheidungen treffen kann, oder ist sie nur eine internationale Organisation wie viele andere auch, ohne eigentliche Macht?“ zeigte sich, daß in allen anderen kontinentaleuropäischen Mitgliedsländern ein großer Teil der Bevölkerung den supranationalen Machtcharakter der EG begriffen hatte. In Westdeutschland erkannten das 1986 lediglich 21%, 1989 37%, und bis 1994 änderte sich an dieser Verkennung der Machtverhältnisse kaum etwas in Deutschland<sup>13</sup>.

Solche Fehleinschätzungen hängen auch mit den seit Jahren zu beobachtenden besonders schlechten Informationen der deutschen Bevölkerung über die EU zusammen. Als Indikator hierfür dient zum Beispiel die Frage: „Wer trifft die wichtigsten Entscheidungen für die Europäische Union: die Kommission der Europäischen Union oder der Ministerrat?“ – „der Ministerrat“ meinten im April 1994 21%, „die Kommission“ ebenfalls 21%, „Ich weiß es nicht“ sagten 58% (davon 56% in Westdeutschland und 67% in Ostdeutschland)<sup>14</sup>. Nachrichten über Europapolitik können jedoch kaum richtig eingeordnet werden, wenn die Organe der EU und ihre Funktionen sowie das Entscheidungsgefüge nicht bekannt sind.

Wo Information fehlt, bilden sich auch keine konsistenten Einstellungen. Die Bevölkerungsumfragen zum Thema Europa zeigen beliebige Widersprüche. Zur Illustration werden hier zwei Fragen angeführt, die im Frühjahr 1994 gestellt wurden. Die eine lautet: „Wenn jemand sagt: ‘Bei der Europapolitik geht es nicht in erster Linie um die Wirtschaft, sondern es geht bei der Europapolitik vor allem um eine Politik für Freiheit und Frieden.’ Würden Sie zustimmen oder nicht?“ Eine relative Mehrheit, 42%, stimmt zu, 32% stimmen nicht zu, 26% blieben unentschieden. Die andere Frage, parallel dazu ebenfalls im April 1994 gestellt, lautete: „Wenn jemand sagt: ‘Es wäre besser, wenn die Europäische Union eine reine Wirtschaftsgemeinschaft bliebe und die übrige Politik in den einzelnen Ländern gemacht würde.’ Stimmen Sie dem zu, oder stimmen Sie dem nicht zu?“ 51% stimmten zu, 26% stimmten nicht zu und 23% blieben unentschieden<sup>15</sup>. Fazit: Eine Mehrheit der Deutschen befürwortet das, was man oft „eine gehobene Freihandelszone“ genannt hat. Die Antworten auf die erste und die zweite Frage passen nicht zueinander.

Alles, was die EU betrifft, liegt für die Deutschen in weiter Ferne. Ein Fragemodell, mit dem sich das erkennen läßt, betrifft die Prioritäten der Bevölkerung für insgesamt 27 Bereiche. Karten, auf denen die Bereiche einzeln bezeichnet

sind, werden dem Befragten im Interview in die Hand gegeben. Es wird gefragt, welche der genannten politischen Ziele eine große Bedeutung besitzen. Nachdem die Karten mit Zielen von großer Bedeutung herausgesucht sind, wird der Befragte gebeten, diese Karten noch einmal anzusehen: „Welche dieser Ziele sind ganz allgemein von großer Bedeutung, und welche beschäftigen auch Sie selbst besonders?“ Ein Ziel wie „die Renten sichern“ erklärten 51% als wichtiges politisches Ziel, 46% sagten, daß dieses Ziel auch sie selbst besonders beschäftigte. 56% sahen es als wichtiges politisches Ziel, den Umweltschutz entschieden durchzusetzen; 42% sagten: „Das beschäftigt mich auch selbst ganz besonders“. 50% erklärten als wichtiges politisches Ziel: „Dafür sorgen, daß die Preise stabil bleiben, daß es keine Inflation gibt“, 47%: „Beschäftigt mich auch persönlich ganz besonders“. Und nun zu Europa. „Dafür sorgen, daß in der Europäischen Union die Interessen Deutschlands nicht untergehen“ bezeichneten 81% als wichtiges politisches Ziel. Daß es sie auch persönlich besonders beschäftige, berichteten 15%<sup>16</sup>.

Die Widersprüche und die Distanziertheit sind Indikatoren dafür, daß die Politiker diese Fragen zwar unter sich diskutieren, jedoch keinen Dialog mit der Bevölkerung führen. Entsprechend gleichgültig läßt die Bevölkerung die Frage: „Würden Sie sagen, daß es in der Europäischen Union zu wenig Demokratie gibt, hat das demokratisch gewählte Europäische Parlament zu wenig Einfluß, oder würden Sie das nicht sagen?“ Das EP habe zu wenig Einfluß, fanden 36%, 25%: „Würde ich nicht sagen“, 39% blieben unentschieden<sup>17</sup>. Offenbar vermuten die deutschen Bürger, daß sich die europäischen Parlamentarier auch dann nicht besonders darum bemühen würden, die Bevölkerung zu überzeugen, wenn sie selbst, die Parlamentarier, mehr Einfluß in Brüssel hätten. Wahrscheinlich sitzt die Erfahrung tief, daß die Politiker sich nur um die Bevölkerung bemühen, wenn die Situation es unbedingt erfordert, wie bei Fragen der Personalentscheidungen, die irgendwann einer allgemeinen Abstimmung unterworfen werden. Mit Dreiviertelmehrheit – bei nur 12% Gegenstimmen – wünschten sich die Bürger im Herbst 1992 auch in Deutschland ein Referendum über den Vertrag von Maastricht<sup>18</sup>.

Wie würde heute ein solches Referendum ausgehen? Für Deutschland insgesamt wäre nach dem Stand vom Frühjahr 1995 die Annahme gesichert. Die Frage dazu lautete: „Einmal angenommen, es käme bei uns in Deutschland zu einer Volksabstimmung über die europäische Einigung, über den Vertrag von Maastricht, würden Sie dann dafür oder dagegen stimmen?“ 41% Ja-Stimmen standen 24% Nein-Stimmen gegenüber, 35% blieben unentschieden. Allerdings zählt Maastricht zu den Fragen, bei denen die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zunehmend auseinanderfallen. In Westdeutschland ist zwischen September 1992 und Frühjahr 1995 die Zustimmung von 39% auf 44% gestiegen, die Ablehnung von 34% auf 20% zurückgegangen. Umgekehrt ist in den neuen Bundesländern die Zustimmung seit Herbst 1992 von 36% auf 26% zurückgegangen.

Die Ablehnung ist fast unverändert geblieben (39% 1992, 1995 36%). Die Nein-Stimmen haben demnach in Ostdeutschland ein klares Übergewicht erlangt<sup>19</sup>.

An nichts reibt sich die Bevölkerung jedoch mehr, als an der geplanten Einführung einer einheitlichen europäischen Währung. Wenn man die Referendumsfrage nicht für Maastricht stellt, sondern statt dessen fragt: „Einmal angenommen, es käme bei uns in Deutschland zu einer Volksabstimmung über die europäische Einigung und die Einführung einer europäischen Währung, würden Sie dann dafür oder dagegen stimmen?“, dann ist die Ablehnung nach dem Stand vom Frühjahr 1995 gewiß. 31% Ja-Stimmen stehen 43% Nein-Stimmen gegenüber<sup>20</sup>. Der Widerstand gegen den Gedanken eines einheitlichen europäischen Geldes und eines Abschiedes von der D-Mark baut sich hingegen nicht ab, sondern hat sich zwischen August 1991 und März 1995 eher noch verstärkt.

*Tabelle 2: Ablehnung einer einheitlichen europäischen Währung  
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: „Wären Sie dafür oder dagegen, wenn es keine D-Mark mehr geben würde, sondern nur noch ein einheitliches europäisches Geld?“

	Westliche Bundesländer				Östliche Bundesländer			
	Aug. 1991 %	Febr. 1994 %	April/ Mai 1994 %	März 1995 %	Aug. 1991 %	Febr. 1994 %	April/ Mai 1994 %	März 1995 %
Dafür	21	13	11	16	19	8	16	9
Dagegen	58	68	71	67	53	68	67	67
Egal	11	13	13	10	16	17	13	15
Weiß nicht	10	6	5	7	12	7	4	9
	100	100	100	100	100	100	100	100
n =	508	1.082	202	517	1.020	1.184	284	549

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5054, 5090, 5094, 6013.

Die Frage der einheitlichen europäischen Währung ist nur eine von vielen Fragen, die bei der Bevölkerung große Bedenken wecken. Andere Bedenken betreffen die Sorge, es könnte über der europäischen Einheit verlorengehen, was Deutschland ist, oder die Aufhebung der Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsländern und damit verbunden der Anstieg der organisierten Kriminalität<sup>21</sup>.

Tabelle 3: *Sorge um die Identität Deutschlands*  
*Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: „Wenn sich die europäischen Länder immer enger zusammenschließen und ein vereintes Europa entsteht, geht dann das, was Deutschland war, allmählich verloren, oder glauben Sie das nicht?“

	Geht allmählich verloren %	Glaube ich nicht %	Unentschieden %
<b>Westliche Bundesländer</b>			
1989: Januar	34	59	16 <sup>1</sup>
1990: Januar	26	60	14
Oktober	21	63	16
1992: Januar	39	50	11
September	47	42	11
1993: April	46	40	14
1994: April/Mai	36	53	11
1995: Mai	41	44	15
<b>Östliche Bundesländer</b>			
1990: Oktober	16	70	14
Dezember	19	67	14
1992: Januar	34	47	19
September	55	33	12
1993: April	41	45	14
1994: April/Mai	36	45	19
1995: Mai	43	39	18

1 Die Addition ergibt jeweils 100 Prozent.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5014, 5031, 5041/I, 5060, 5107, 9005/I, 9010, 5079, 5094, 6015.

Bei der Frage der Osterweiterung der EU durch die Aufnahme von Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei schlossen sich im Sommer 1994 44% dem Standpunkt an, „Die Europäische Union kann doch keine Länder aufnehmen, die wirtschaftlich unterentwickelt sind. Das kostet doch Unsummen an Geld. Wenn diese Länder sich stabilisiert und gut entwickelt haben, dann kann man darüber regen.“ Immerhin unterstützten aber auch 38% die Ansicht: „Ich bin dafür, daß man die osteuropäischen Nachbarländer wie Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei möglichst rasch in die Europäische Union aufnimmt, das ist für die wirtschaftliche und politische Entwicklung dieser Länder sehr wichtig.“

Tabelle 4: Osterweiterung der EU  
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: „Hier unterhalten sich zwei darüber, ob man osteuropäische Länder in die Europäische Union aufnehmen sollte. Wer von beiden sagt eher das, was Sie denken?“

	Gesamt- deutschland %	Westliche Bundesländer %	Östliche Bundesländer %
„Ich bin dafür, daß man die osteuropäischen Nachbarländer wie Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei möglichst rasch in die Europäische Union aufnimmt. Das ist für die wirtschaftliche und politische Entwicklung dieser Länder sehr wichtig.“	38	36	42
„Die Europäische Union kann doch keine Länder aufnehmen, die wirtschaftlich unterentwickelt sind. Das kostet doch Unsummen an Geld. Wenn diese Länder sich stabilisiert und gut entwickelt haben, dann kann man darüber reden.“	44	46	39
Unentschieden	18	18	19
	100	100	100
n =	1.854	930	924

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5099 (Juli/August 1994).

Die gefühlsmäßige Unsicherheit der Bevölkerung wich bisher keiner optimistischen Europa-Stimmung. Die seit 1979 gestellte Frage: „Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“ brachte in Westdeutschland nie ein Übergewicht von Antworten: „mehr Vorteile“, aber seit Mai 1994 sind die Antworten „mehr Vorteile“ und „mehr Nachteile“ ausgewogen – anders als in Ostdeutschland, wo nach anfänglicher Begeisterung für Europa im September 1990 die Ansicht, die Mitgliedschaft in der EG bringe mehr Nachteile, rasch ein Übergewicht gewann (Ostdeutschland Frühjahr 1995 „mehr Vorteile“: 12%, „mehr Nachteile“: 27%).

Tabelle 5: Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft  
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: „Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“<sup>1</sup>

	Mehr Vorteile %	Mehr Nachteile %	Gleicht sich aus %	Weiß nicht, keine Angabe %
<b>Westliche Bundesländer</b>				
1979: August	15	25	46	14
1984: März	13	36	39	12
1988: Januar	15	40	35	10
1990: September	24	27	40	9
1991: April/Mai	22	27	41	10
1992: August	16	36	37	11
1993: April	17	39	34	10
1994: Februar	18	32	41	9
April/Mai	19	21	47	13
1995: April	19	22	48	11
<b>Östliche Bundesländer</b>				
1990: September	35	7	36	22
1991: April/Mai	24	13	38	25
1992: August	14	21	40	25
1993: April	15	27	37	21
1994: Februar	12	30	42	16
April/Mai	10	18	51	21
1995: April	12	27	41	20

1 Bis April/Mai 1994: „Hat die Bundesrepublik durch die Mitgliedschaft ...“  
Bis April 1993: „Mitgliedschaft in der EG.“

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3046, 4040, 4099/I, 5040/II, 5050, 5068, 9004/II, 5079, 5090, 5094, 6014.

Ganz ähnlich ist das Stimmungsbild bei der Frage: „Ist die Einigung Europas, die Europäische Union für Sie eher Anlaß zur Freude oder eher zur Sorge?“ In Westdeutschland zeigt sich ein leichtes Übergewicht: „mehr Freude“, in Ostdeutschland ein leichtes Übergewicht: „mehr Sorge“<sup>22</sup>.

Die Informationen der Bevölkerung über die EU sind – wie bereits beschrieben – völlig unzureichend. Die Begeisterung fehlt. Dennoch sind die Deutschen

überzeugt, daß der EU die Zukunft gehört. Die Frage, ob es den Deutschen politisch oder wirtschaftlich besser ginge ohne die Mitgliedschaft in der EU, wird von der klaren Mehrheit der Deutschen verneint<sup>23</sup>.

Unter den Gründen, die für Europa sprechen, ist für die Bevölkerung der stärkste: „Damit es nie wieder Krieg in Europa gibt“. Ebenso ist die Einsicht für die wirtschaftlichen Vorzüge zwischen 1994 und 1995 gewachsen. Auch dem 1995 zum ersten Mal abgefragten Argument: „Damit Europa mehr Gewicht bei den Weltorganisationen und bei internationalen Verhandlungen hat“ wird viel Bedeutung zugemessen. Der Gedanke, daß sich die EU besser gegen die Gefahren der Zukunft, wie zum Beispiel den islamischen Fundamentalismus, verteidigen kann als jedes europäische Land einzeln, wird heute von jedem fünften Deutschen betont. Noch ist es jedoch ein avantgardistisches Argument<sup>24</sup>.

### Anmerkungen

- 1 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6010, Januar 1995.
- 2 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5008, Juli/August 1988, 5020, Mai 1989 und 6010, Januar 1995.
- 3 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6003, September 1994.
- 4 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6003, September 1994.
- 5 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094, April 1994.
- 6 Noelle-Neumann, Elisabeth: Die öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang: Jahrbuch der europäischen Integration 1992/93, S. 272–280, hier S. 278.
- 7 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094, April 1994.
- 8 Gallup Political & Economic Index Report 405, Mai 1994, S. 39.
- 9 Gallup Political & Economic Index Report 406, Juni 1994, S. 37.
- 10 Gallup Political & Economic Index Report 405, Mai 1994, S. 39.
- 11 Ebd., S. 40.
- 12 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094, April 1994.
- 13 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 4075, Juli 1986, 5028, Oktober 1989, 5094, April/Mai 1994.
- 14 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094, April 1994.
- 15 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094, April 1994.
- 16 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5095, Mai/Juni 1995.
- 17 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094, April 1994.
- 18 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5107, September 1992.
- 19 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5107, 6014, September 1992, April 1995.
- 20 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6014, April 1995.
- 21 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094, April 1994.
- 22 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5093, März 1994, 5094/95, April/Mai 1994, 6014, April 1995.
- 23 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094, April 1994.
- 24 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5095, 6014, Mai/Juni 1994, April 1995.